



Europa Express, Teil 4

Europäische Chancen und Schweizer Hoffnungen

Roland Erne* über Europäische Bürgerinitiativen und Lohnschutz

In: *express* 11/2023

Seit 2012 können EU-Bürger:innen direktdemokratische Initiativen unterschreiben und damit die EU-Kommission auffordern, ihre Politik zu ändern. Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) kommt zustande, wenn die Initiierenden eine Million Unterschriften zusammenbringen. Zwar muss die Kommission danach keine EU-weite Volksabstimmung organisieren, dennoch muss sie die EBI ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen prüfen. Welche konkreten Erfahrungen haben europäische Gewerkschaften bislang mit EBIs gemacht?

Recht auf Wasser! Mit dieser Initiative verlangte der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EPSU), dem auch ver.di angehört, dass Wasser ein öffentliches Gut bleibt und keine Handelsware wird. Die EBI »Right2Water: Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht!« war nicht nur die erste insgesamt, sie war auch die erfolgreichste Initiative. Sie wurde von über 1,8 Millionen EU-Bürger:innen unterschrieben. Dieser Erfolg war möglich, weil EPSU eng mit sozialen Bewegungen zusammenarbeitete. Nach diesem Erfolg gab die EU-Kommission nach, obwohl sie zuvor geplant hatte, die Wasserversorgung in der EU mittels einer neuen EU-Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu kommerzialisieren.

Fairer Transport! Mit dieser Initiative verlangte die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF), ebenfalls inklusive ver.di, »faire Arbeitsbedingungen« im Transportgewerbe – »auf der Schiene wie auch auf der Straße«. Die ETF brachte jedoch nur rund 200.000 Unterschriften zusammen. Im Gegensatz zu EPSU verfügte die ETF nicht über ein breites Netz von Allianzen zu sozialen Bewegungen. Zudem lancierte die ETF ihre Initiative zu spät, die EU hatte das Transportgewerbe bereits weitreichend dereguliert. Auch diese Initiative richtete sich gegen die Kommerzialisierung. Dabei sprach sie jedoch von einem »fairen Wettbewerb«, obwohl Wettbewerb immer Ungleichheiten schafft, wie vermeintlich »fair« er auch organisiert sei. Zudem fehlt es – nach jahrelanger Sparpolitik – oft schlichtweg an den Mitteln, um eine effektive öffentliche Daseinsvorsorge zu finanzieren.

Besteuert die Reichen! Am 9. Oktober 2023 lancierte ein Bündnis aus sozialdemokratischen Politiker:innen aus Belgien und Ungarn, einem Gewerkschafter aus Finnland, einem Oxfam-Aktivisten aus Dänemark, Marlene Engelhorn, einer linken Millionenerbin aus Österreich, und dem kritischen, französischen Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty eine neue EBI. Diese fordert eine europäische Vermögenssteuer, womit der ökologische und soziale Wandel sozial gerecht finanziert werden soll. Im Gegensatz zu den Volksbegehren in den deutschen Bundesländern können die EU-Bürgerinitiativen auch online unterschrieben werden, und zwar hier: <https://www.tax-the-rich.eu/>

Effektiver Schweizer Lohnschutz erhält überraschende Unterstützung aus der EU

Ein Bericht des EU-Parlaments stärkt den Gewerkschaften den Rücken. Erstmals befürwortet auch das EU-Parlament die sehr effektiven »flankierenden Maßnahmen« der Schweiz zum Lohnschutz für entsandte Beschäftigte aus der EU (Erne/Imboden 2015; Pedrina/Rieger 2019). In den laufenden Gesprächen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz liegt der Ball in Sachen soziale Rechte jetzt bei der EU-Kommission.

Im Oktober verabschiedete das EU-Parlament seinen Bericht zur anstehenden Revision der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU. Der Parlamentsbericht fordert die EU-Kommission und den Bundesrat auf, »den Schutz von Arbeitnehmerrechten zu stärken, insbesondere hinsichtlich gewerkschaftsfeindlicher Entlassungen und Tarifverhandlungen, um faire und gleiche Marktbedingungen für alle Arbeitskräfte zu schaffen.«

Das bedeutet, dass es dem EU-Parlament nicht mehr nur darum geht, »bürokratische Hürden im Bereich der Entsendung von Arbeitskräften zu senken«. Dies hatten die EU-Kommission und Lukas Mandl (ÖVP/EVP), der EU-Parlamentsberichterstatter zu den Beziehungen zur Schweiz, seit Langem gefordert. Dank den Abänderungsanträgen des österreichischen Sozialdemokraten Andreas Schieder und des deutschen Grünen Reinhard Bütikofer befürwortet erstmals auch das EU-Parlament »flankierende Maßnahmen«, um »den Schutz hoher sozialer Standards und den wirksamen und diskriminierungsfreien Schutz der Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten, indem sie mobilen, entsandten und lokalen Arbeitnehmern gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Ort zusichern«. Zur »Sicherstellung des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer« sollten EU-Kommission und die schweizerische Regierung (Bundesrat) in den anstehenden Verhandlungen deshalb entweder »temporäre« Ausnahmen vom EU-Recht oder ständige »Sicherheitsmaßnahmen« in Betracht ziehen, die mit dem EU-Recht vereinbar sind. Dabei sollten die EU-Kommission und der Bundesrat auch den »ständigen Austausch mit den Sozialpartnern der Schweiz« suchen.

Das ist eine Kehrtwende. 2019 lehnte das EU-Parlament in der Debatte um das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz alle sozialen Abänderungsanträge zum Lohnschutz ab. Daraufhin scheiterte das Rahmenabkommen im schweizerischen Bundesrat, auch dank des Widerstands der schweizerischen und europäischen Gewerkschaften (Erne/Gross 2021). Deshalb müssten auch neoliberale und konservative Politiker:innen einsehen, dass es im EU-Parlament keine Mehrheit mehr gibt für eine harte Linie gegenüber der Schweiz. Zu groß wären die Kosten eines erneuten Scheiterns der anstehenden bilateralen Verhandlungen zwischen der Kommission und dem Bundesrat auch für die EU.

Da die Schweiz der »viertgrößte Handelspartner der EU« sei, gab der schwedische IT-Unternehmer und neoliberale EU-Abgeordnete Jörgen Warborn der EU-Kommission den folgenden Rat: Sucht »eine pragmatische Lösung für die derzeitigen Probleme, die uns daran hindern, engere Handelsbeziehungen einzugehen«. Warborns Parlamentsrede zum EU-Schweiz-Bericht ist bemerkenswert. Sie zeigt, dass selbst der »freihandelsfreundlichste« aller EU-Abgeordneten (gemäß Ranking der EU-Zeitung »Politico.eu«) von der Kommission mehr Kompromissbereitschaft gegenüber der Schweiz erwartet. Auch die Rede von Alessandro Panza, italienischer Lega-Abgeordneter und Fraktionssprecher der europäischen Rechtsextremen, lässt aufhorchen: Er fordert »einen konstruktiven und konkreten Dialog mit der Schweizer Regierung, um Arbeiter, Unternehmen und Bürger auf beiden Seiten zu schützen«. Dies erstaunt, da sich rechtsextreme Politiker sonst kaum für Rechte migrantischer Arbeiter:innen einsetzen. Ob es zu einer Lösung kommt, wird auch von der Schweizer Wirtschaft abhängen.

Das Verständnis des EU-Parlaments gegenüber der Schweiz hat auch mit der Einsicht zu tun, dass europäische Demokratien besser zusammenhalten müssen, insbesondere angesichts des globalen Klimawandels, transnationaler Pandemien sowie des Angriffskriegs Russlands in der Ukraine. Laut dem Mandl-Bericht sollten schweizerische und EU-Bürger:innen nicht nur im Kampf gegen Sozialdumping, sondern auch in anderen Bereichen besser zusammenarbeiten (Katastrophenschutz, Kampf gegen Geldwäsche usw.). Darüber hinaus forderten alle Fraktionen des EU-Parlaments die Kommission dazu auf, sämtliche EU-Forschungs- und Austauschprogramme wieder für alle Studierenden und Forschenden aus der Schweiz zu öff-

nen, da der Ausschluss schweizerischer Fachschulen und Universitäten der EU selbst mehr schade als nütze.

Ob der Mandl-Bericht des EU-Parlaments die Gespräche der EU-Kommission mit dem schweizerischen Bundesrat voranbringen wird, wird sich zeigen. Laut Maroš Šefčovič, dem Vizepräsidenten der Kommission und EU-Verhandlungsführer, sind immer noch wichtige Fragen offen: etwa die Frage eines »gerechten und dauerhaften« Beitrags zur »Kohäsionspolitik der Union« oder die Rolle des Gerichtshofs der EU im Streitschlichtungsverfahren zwischen der Schweiz und der EU. Laut Šefčovič sei das schwierigste Element der Diskussion weiterhin die Personenfreizügigkeit. Dennoch sei »klar, dass der Erfolg unserer Arbeit [...] von unserer Fähigkeit abhängen wird, diesen sehr wichtigen Bereich zu behandeln und für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden.«

Ob es zu einer solchen Lösung kommt, wird auch von der Schweizer Wirtschaft abhängen. Werden Arbeitgeberverband, Economiesuisse und ihre Verbündeten im schweizerischen Parlament bereit sein, EU- und Schweizer Bürger:innen auch im Bereich der Sozialhilfe gleich zu behandeln, wie dies die schweizerischen Gewerkschaften seit Langem fordern? Werden auch bürgerliche Politiker:innen im Ausgleich für allfällig kürzere Anmeldefristen für entsandte Beschäftigte aus der EU die Rechte aller Beschäftigten in der Schweiz stärken, »insbesondere hinsichtlich gewerkschaftsfeindlicher Entlassungen und Tarifverhandlungen«, wie dies der Mandl-Bericht fordert?

Gleichzeitig hängt auch viel von der Kompromissbereitschaft der EU-Kommission ab. Laut Nico Lutz, Geschäftsleitungsmitglied der Schweizer Gewerkschaft Unia, sieht es hier zurzeit »nicht so gut aus«. Statt »pragmatische Lösungen« zu suchen, verlange die EU-Verhandlungsdelegation eine massive Verschlechterung der Spesenregelung für Beschäftigte aus der EU. Demzufolge sollen in die Schweiz entsandte EU-Beschäftigte ihre Spesen künftig nicht mehr nach schweizerischen Regeln erstattet bekommen, sondern nur noch gemäß den Spesensätzen ihres Herkunftslandes, um EU-Firmen auf dem Buckel ihrer Beschäftigten gegenüber lokalen Firmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Dies sei ein absoluter »No-Go-Vorschlag« für die Gewerkschaften und alle schweizerischen Sozialpartner:innen. Zudem stünden nach wie vor auch substanzielle EU-Kommissionsforderungen zum Abbau der flankierenden Maßnahmen zum Lohnschutz im Raum, die weit über eine Vereinfachung bürokratischer Verfahren hinausreichen.

Zum Glück wandte sich deshalb die EU-Abgeordnete Katarína Roth Neved'alová am Schluss der EU-Parlamentsdebatte direkt an Vize-Kommissionspräsident Maroš Šefčovič, mit dem sie als slowakische Sozialdemokratin und Ex-Diplomatin zusammengearbeitet hat: »Die EU ist ständig auf der Suche nach gleichgesinnten Partnern, denen zum Beispiel die Achtung der Arbeitnehmerrechte, der Verbraucher- und Umweltschutz oder auch die Fairness auf dem Arbeitsmarkt am Herzen liegt. Die EU hat mit der Schweiz viele Gemeinsamkeiten in den Bereichen Wirtschaft, Soziales oder auch Kultur. Bei der Schweiz können wir sicher sein, dass diese Bedingungen eingehalten werden [...]. Derzeit halte ich die Beziehungen der EU zur Schweiz für unausgewogen. Wir brauchen uns gegenseitig mehr denn je. Und vielleicht ist es höchste Zeit, dass wir unsere Beziehungen zu diesem Land verstärken. [...] Zum Beispiel [...] bei der Bekämpfung der Geldwäsche oder des Sozialdumpings. Wir haben in der Vergangenheit bereits mehrere solcher Chancen [...] verpasst, unterschätzt oder gar verspielt. Und das sollten wir nicht wiederholen.«

Roland Erne war Chemielaborant und Gewerkschaftssekretär in Lausanne und Zürich. Seit 2023 ist er Hochschullehrer für Europäische Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Literatur:

Erne, R./Gross, A. (2021): Schweizer Lohnschutz gilt nicht nur für Inländer. Neue Zürcher Zeitung, 31. Mai, S. 19.

Erne, R./Imboden, N. (2015): Equal pay by gender and by nationality: a comparative analysis of Switzerland's unequal equal pay policy regimes across time. Cambridge Journal of Economics Jg. 39, Nr. 2, S. 655-674.

Pedrina, V./Rieger, A. (2019): Gegen das Migranten-Bashing: Gleicher Lohn für alle! Blätter für deutsche und internationale Politik. Februar, S. 37-40.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12